



Friedrich Haag

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion

Friedrich Haag MdL · Konrad-Adenauer-Str. 3 · 70173 Stuttgart

Seite 1/1

Stuttgart, 7. Februar 2024

Friedrich Haag MdL
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion
Wohnungsbaupolitischer Sprecher
der FDP/DVP-Fraktion
Mitglied im Verkehrsausschuss

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp-fraktion.de
www.friedrich-haag.de

facebook.com/haagfdp
instagram.com/haagfdp

Landtagsbüro
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 3
Besuchereingang:
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart
T: 0711 2063 9240

Wahlkreisbüro
Weißenburgstr. 29
70180 Stuttgart
T: 0711 9459 1111

PRESSEMITTEILUNG

“Keine Landeserstaufnahmestelle auf dem Eiermann-Campus”

*Zur Meldung des SWR, dass die Landesregierung prüfe, auf dem Eiermann-Campus in Stuttgart-Vaihingen eine Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge einzurichten, sagt der Stuttgarter FDP-Landtagsabgeordnete und der wohnungsbaupolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion **Friedrich Haag MdL**:*

“Die Einrichtung einer LEA auf dem Eiermann-Campus in Stuttgart-Vaihingen lehne ich strikt ab. Die Infrastruktur in der Stadt ist bereits jetzt am Limit. Die Landesregierung darf nicht über alle Köpfe hinweg entscheiden und muss die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ernst nehmen.

Eine LEA würde massiv den sozialen Frieden vor Ort gefährden. Wir brauchen das ehemalige IBM-Gelände dringend für Wohnraum für Studenten und die arbeitende Bevölkerung. Das Projekt Eiermann-Areal dauert sowieso schon viel zu lange und darf jetzt nicht noch länger verzögert werden. Ich erwarte von der Stadt, dass sie alles unternimmt, damit dort schnellstmöglich der fehlende Wohnraum entstehen kann.

Gleichzeitig müssen wir die Zuwanderung wirksam begrenzen. Es müssen Anreize zur Flucht gesenkt und eine Einwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Eine Bezahlkarte ohne Bargeldauszahlungsfunktion wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Durch effektiven Grenzschutz und Asylverfahren an den Außengrenzen muss der unkontrollierte Zuzug unterbunden werden. Wenn wir dann noch jene ohne Bleiberecht konsequent abschieben, entlastet das unser System gewaltig.”

Um den Druck auf die Landesregierung von Grünen und CDU zu erhöhen und Klarheit zu bekommen, hat FDP-Landtagsabgeordneter Friedrich Haag nun einen detaillierten Fragenkatalog im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage an die

Landesregierung gestellt. Diese Anfrage muss im Rahmen der legislativen Kontrollrechte eines Abgeordneten in den kommenden 21 Tagen von der Landesregierung beantwortet werden.